

Haushaltsrede Petersberg 2017

Ich möchte mit einem Zitat beginnen:

„Eine Regierung muss sparsam sein, weil das Geld, das sie erhält, aus dem Blut und Schweiß ihres Volkes stammt.

Es ist gerecht, dass jeder einzelne dazu beiträgt, die Ausgaben des Staates tragen zu helfen.

Aber es ist nicht gerecht, dass er die Hälfte seines jährlichen Einkommens mit dem Staate teilen muss.“

Friedrich II. der Große

Nun bin ich kein Fan eines Monarchen und auch nicht von Friedrich, dennoch muss ich ihm in diesem Punkt beipflichten.

Die LINKE.Offene Liste lehnt die geplante Anhebung der Steuern ab.

Besonders hart trifft diese Steuererhöhung vor allem Menschen mit geringem Einkommen und Familien mit Kindern. Gerade Menschen die mit jedem Cent rechnen müssen, die gerade noch so ohne staatliche Unterstützung auskommen, sind am härtesten betroffen. Die Grundsteuer B ist eine Steuer die Hauseigentümer und Mieter gleichermaßen trifft, egal wieviel sie verdienen. Wer wohnen will muss zahlen, es gibt keine Einsparmöglichkeit. Und damit treffen Sie genau diejenigen die wenig haben.

Jetzt mag es ja Aussagen geben es ginge nur um 10,- Euro im Monat. Für viele Geringverdiener sind das oft 50 Prozent ihrer Lohnerhöhung, wenn sie überhaupt eine erhalten werden. Eine Studie zur Altersarmut im Landkreis Fulda weist ausdrücklich auf den überdurchschnittlichen Anteil an Geringverdienern in der Region hin.

Dies belegen auch die aktuellen Zahlen zu den Steuereinnahmen:

Sie begründen die Steuererhöhung im Wesentlichen mit den negativen Veränderungen durch den von der schwarz/grünen Landesregierung beschlossenen geänderten Kommunalen Finanzausgleich, den ebenfalls zentral

beschlossenen Vorgaben für mehr Personal in den KITA's sowie mit den rückläufigen Gewerbesteuereinnahmen.

Die Handlungsweise der Landesregierung im Hinblick auf die finanzielle Ausstattung der Kommunen sollten wir geschlossen verurteilen. Während der Bund und die Länder erhebliche Steuerzuwächse haben, kürzt das Land der Gemeinde beim KFA fast 600.000,- Euro. Dies sollten wir nicht widerspruchslos hinnehmen. Wir begrüßen daher ausdrücklich die Initiative der CWE Fraktion für eine Klage gegen diesen Finanzausgleich. Unser Hinweis im Haupt- und Finanzausschuss vor zwei Wochen, dass hierzu noch bis Ende diesen Jahres Zeit für eine Klage besteht, wird durch den Dringlichkeitsantrag der CWE nun zur Debatte gestellt und von uns unterstützt.

Konsequent wäre die CWE, würde sie auch die geplanten Steuererhöhungen im Bereich der Grundsteuer ablehnen.

Die aktuellen Entwicklungen bei den Steuereinnahmen des Bundes und des Landes vor allen Dingen bei den Gemeinschaftssteuern lassen insbesondere im Bereich der Einkommenssteuer auch für die Kommunen erhebliche Zuwächse erwarten. Der Bund erwartet für 2017 24 Milliarden Euro oder 6,5 Prozent Mehreinnahmen bei den Gemeinschaftssteuern.

Im Vergleich zu 2015 sind die Einnahmen aus der Einkommenssteuer in den ersten 10 Monaten des Jahres 2016 um sage und Schreibe 9,9 Prozent gestiegen, die Einnahmen der Grunderwerbssteuer für das Land sind im gleichen Zeitraum um 9,8 Prozent gestiegen.

Die Gesamteinnahmen bei den Gemeinschaftssteuern sind um 4,2 Prozent gestiegen. In Anbetracht dieser Entwicklung von den Kommunen weitere Steuererhöhungen zu verlangen ist einen Unverschämtheit.

Nochmals zum Vergleich, insbesondere durch die Kürzungen beim KFA steigen die Einnahmen der Gemeinde im Jahr 2017 lediglich um 0,6 Prozent. Davon sollen Lohnerhöhungen, Personalvermehrungen für zusätzliche Aufgaben und erhöhte Abgaben an den Landkreis finanziert werden. In Anbetracht der massiven Steuereinnahmen bei Bund und Land wird die Umverteilung zu Lasten der Gemeinde sehr deutlich.

Bund und Land haben derartige Steuereinnahmen, die es auf keinen Fall rechtfertigen den Gemeinden Mittel zu kürzen. Wir verlangen, die Mehreinnahmen müssen bei den Kommunen ankommen, dann sind gemeindliche Steuererhöhungen nicht notwendig.

Hinzu kommt, dass die Gemeinde über ausreichend Rückstellungen und liquide Mittel verfügt. Auch hat der Kreistag noch nicht über die Höhe der Schulumlage und der Kreisumlage entschieden. Die Beratungen im Landkreis beginnen erst in der nächsten Woche, die endgültige Beschlussfassung ist im Februar geplant. Der Landrat hat eine Senkung der Schulumlage in Aussicht gestellt.

Die finanzielle Situation der Gemeinde ist nicht so schlecht, dass man voreilig an der Steuerschraube drehen müsste. Selbstverständlich kann die Gemeinde nicht dauerhaft mit einem negativen Ergebnis wirtschaften. Wir sind der Auffassung das es zu vertreten ist, die tatsächliche finanzielle Entwicklung in 2017, also die tatsächliche Steuerentwicklung, die Höhe der Umlagen sowie ggf. ein Urteil zum Finanzausgleich abzuwarten und danach über notwendige Korrekturen im eignen Haushalt zu beraten. Mit vorseilendem gehorsam Steuern von den Bürgern zu erheben lehnen wir ab.

Und nun zum vorgelegten Entwurf des Haushaltes.

Also meinen Damen und Herren von der CDU Mehrheitsfraktion, das was sie hier vorgelegt haben könnte man mit dem Zitat von Michail Gorbatschow in Verbindung bringen. Wer zu spät kommt den straft das Leben.

Dieser Haushalt ist ideenlos und bedeutet weitgehend Stillstand. Es war schon immer so, es bleibt auch immer so.

Ideen wie man dem demografischen Wandel und seine Anforderungen in der Gemeinde begegnen will, sieht man mal von den Bordsteinabsenkungen ab oder auch die Frage der Energiewende und die Nutzung der vorhandenen Fördermöglichkeiten hierzu spielen keine Rolle.

Land auf Land ab, Jeder weiß dass wir ein Problem mit bezahlbarem Wohnraum haben. Bund und Land legen milliardenschwere Programme auf. Zu dem allgemeinen Problem der Wohnungsnot sind in unserer Gemeinde derzeit etwa 200 Flüchtlinge in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht, bereits jetzt

sucht ein Teil dieser Flüchtlinge eine bezahlbare Wohnung ohne Aussicht auf Erfolg und in Konkurrenz zu vielen anderen Bürgern die preiswerte Wohnungen suchen. Wer Integration will muss Bedingungen schaffen - der muss bezahlbaren Wohnraum für alle Bürger schaffen.

Sie haben im Haushalt im Bereich Wohnungsbauförderung die stolze Summe von 1500,- Euro eingestellt. Tolle Leistung, tolle Voraussicht. Wer so handelt, bzw. nicht handelt nimmt steigende Konflikte in unserer Gesellschaft in Kauf, daran sollte niemand Interesse haben. Unseren Vorschlag für den Bau von Sozialwohnungen bringe ich hiermit ein. Sicherlich kann man darüber streiten ob man andere Fördermaßnahmen einsetzen möchte. Aber gar nichts tun ist die schlechteste Variante.

Thema öffentlicher Nahverkehr

Auch hier verharren sie in dem Muster, immer weiter so. Initiativen Fehlanzeige.

Die äußerst mangelhafte bzw. fehlende Anbindung in den Verkehrsschwachen Zeiten wird scheinbar ignoriert. Unseren Antrag zur Ausweitung des Anrufsammeltaxisystems im Zusammenhang mit der Fortschreibung des Nahverkehrsplanes haben sie abgelehnt.

Dabei stellt das Land Hessen bereits ab 2017 jährlich nun rund 800 Millionen Euro für die Verkehrsbünde zur Verfügung. Eine Steigerung um 20 Prozent im Vergleich zum Status quo. Mit der neuen Finanzierungsvereinbarung des Landes stehen nun zusätzliche Mittel bereit um attraktive Leistungen zu günstigeren Preisen anzubieten, so ist es seit Wochen in der Presse zu lesen. Wir schlagen vor, die Gemeinde Petersberg in das Anrufsammeltaxisystem der Stadt Fulda einzubinden. Die nun vom Land eingesetzten zusätzlichen Mittel könnten die Belastungen für die Gemeinde in Grenzen halten.

Ich möchte noch einmal betonen, bei dem öffentlichen Nahverkehr geht es nicht um eine freiwillige Leistung. Der öffentliche Nahverkehr ist eine gesetzliche Aufgabe, dieser sollten wir uns stellen und für ein attraktives Angebot auch in unserer Gemeinde sorgen. Wenn man bedenkt, dass wir es uns leisten, jährlich ein Minus von über 130.000,- Euro für unser Parkhaus

abzudecken, für die gesetzliche Aufgabe des öffentlichen Nahverkehrs aber gerade mal 60.000,- Euro im Jahr aufbringen, muss schon die Frage nach der Verhältnismäßigkeit gestellt werden. Ich bringe hiermit unseren vorliegenden Antrag zum öffentlichen Nahverkehr ein. In diesem Zusammenhang möchte ich betonen, dass auch der Ortsbeirat Marbach sich für eine Anbindung des Ortes an das Anrufsammeltaxisystem ausgesprochen hat. Wir sprechen uns hier für die Anbindung in der gesamten Gemeinde aus.

Thema Investitionen zur Bebauung am oberen Himmelsacker

Neben den von vielen Bürgern vorgetragenen Bedenken gegen die Bebauung am oberen Himmelsacker sehen wir in dem Vorhaben einen Verstoß gegen eine sparsame Haushaltsführung.

Im vorliegenden Entwurf für die 19. Änderung des Flächennutzungsplanes wird kein Grund für die Notwendigkeit einer Änderung benannt. Ich kann jedem Gemeindevertreter nochmals empfehlen sich diese Vorlage durchzulesen. Ich konnte keine Begründung für eine Änderung finden.

Und genau das regt auch viele Bürger auf.

Nach unserer Einschätzung führt die Bebauung des oberen Himmelsacker im Vergleich mit dem Riegelacker zu deutlich mehr Belastung für die Bürgerinnen und Bürger. Nach unseren Informationen haben alle Eigentümer des Riegelacker ihre Bereitschaft zum Verkauf signalisiert. Es gibt keinen vernünftigen Grund dieses Angebot nicht anzunehmen.

Wir sehen nicht nur deutliche Belastungen für die Bürger sondern auch für die Gemeinde. Dauerhaft deutliche höhere Straßenunterhaltungskosten in den Zufahrtsstraßen, die Unterhaltung einer einseitig bebauten Straße ist immer unwirtschaftlicher als eine zweiseitig bebaute Straße. Zusätzliche Stromkosten für eine zusätzliche Zubringerstraße und einen zusätzlichen Zubringerfußweg.

Dauerhafte Unterhaltungskosten für einen Grünstreifen an dem ganzen Wald entlang. Umgestaltungskosten für den Wald der Riesandshohle, und und..

Wir schlagen stattdessen eine Bebauung am Riegelacker vor. Die Eigentümer haben nochmals schriftlich ihre Verkaufsbereitschaft mitgeteilt.

Nach unserer Einschätzung werden die Bauplätze am oberen Himmelsacker nicht nur für die Gemeinde teurer auch die Bauherren müssen den Preis für die hohen Erschließungskosten zahlen. So schafft man teuren Wohnraum.

Tempo 30 Zonen

Wir begrüßen ausdrücklich die Maßnahmen zur Herstellung von Barrierefreiheit in den Kreuzungsbereichen. Auch können die Aufpflasterungen an der einen oder anderen Stelle vernünftig sein.

Aber die Planung, der Umfang und die Beteiligung der Bürger bei den Maßnahmen scheint uns korrekturbedürftig.

Über 600.000,- Euro in einem Jahr zu investieren ist erheblich. Dabei werden damit in vielen Bereichen Fehler der Vergangenheit ausgebügelt. Ich denke dabei an die eingebauten Schwellen die nun wieder zurückgebaut werden sollen.

Statt diese Maßnahmen mit Sachverstand und Augenmaß und ihre Wirksamkeit was die Aufpflasterungen betrifft zu bewerten werden diese Maßnahmen nun nur weil es Mittel vom Land gibt, in aller Eile durchgezogen.

Auch ist interessant, das die vom Land hierfür großzügig bereitgestellten Mittel in etwa genau den Betrag ausmachen den das Land der Gemeinde beim Finanzausgleich quasi gestrichen hat.

500.000,- Euro raus aus der Tasche – 500.000,- Euro rein in die Tasche.

So verkürzt betrachtet sollen die Bürger mit der Anhebung der Grundsteuer diese Maßnahmen finanzieren. Man sollte mal die Bürger fragen was sie dazu meinen. Das das Land kein Geld habe, kann es in Anbetracht der immensen Zuschüsse jedenfalls nicht behaupten.

Wir jedenfalls schlagen vor wenigsten die Aufpflasterungen die oft gar nichts mit der Herstellung von Barrierefreiheit zu tun haben zu reduzieren.

Unseren Antrag hierzu bringe ich hiermit ein. Gerade in diesem Zusammenhang möchte ich nochmals betonen das es äußerst hilfreiche wäre wenn wir als

Gemeindevertreter alle Unterlagen die zu einer Beurteilung der Maßnahmen notwendig sind auch erhalten. Mit den neuen Medien dürfte das doch kein Problem sein. Anweisungen die das Aushändigen von Unterlagen untersagen, wie vom Ortsvorsteher in Marbach berichtet, sind da nicht förderlich.

Ich wünsche uns eine faire und konstruktive Beratung, vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Petersberg, 15.12.2016

Michael Wahl

(Fraktionsvorsitzender)